



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Umweltschutz- und Energiekommission
vom: 9. August 2010
zur Vorlage Nr.: [2010-226](#)
Titel: **Postulat [2007/252](#) von Landrätin Sarah Martin, Grüne "Verwertung von Grünabfällen" und Motion [2008/206](#) von Landrat Thomas de Courten, SVP "Änderung des Umweltschutzgesetzes; Bioabfälle effizient verwerten" (als Postulat überwiesen)**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission an den Landrat

betreffend Postulat [2007/252](#) von Landrätin Sarah Martin, Grüne "Verwertung von Grünabfällen" und Motion [2008/206](#) von Landrat Thomas de Courten, SVP "Änderung des Umweltschutzgesetzes; Bioabfälle effizient verwerten" (als Postulat überwiesen)

Vom 9. August 2010

1. Organisatorisches

Der Vorstoss 2008/206 wurde als Motion eingereicht und als Postulat überwiesen. Die Kommission behandelte die Vorlage zur Beantwortung der Postulate in ihrer Sitzung vom 21. Juni 2010. An der Sitzung nahm Alberto Isenburg vom Amt für Umweltschutz und Energie mit beratender Stimme teil.

2. Kommissionsberatung

2.1 Inhalt der Vorstösse

Beide Vorstösse befassen sich mit der Verwertung von Bioabfällen. Das Postulat von Landrätin Sarah Martin verlangt einen umfassenden Leitfaden für die sinnvolle Verwertung von Grünabfällen für die Gemeinden. Das Postulat von Thomas de Courten - ursprünglich als Motion eingereicht - verlangt eine Anpassung des Umweltschutzgesetzes dahingehend, dass die bestehenden Grün-sammlungen im Kanton zu Bioabfall-Sammlungen aufgewertet werden, sodass das Biomasse-Potential bestmöglichst genutzt und die Bioabfälle der Biogasgewinnung zugeführt werden. Dies käme einer Abkehr vom Grundsatz der dezentralen Kompostierung gleich, würde aber dennoch die dezentrale Eigenkompostierung nicht ausschliessen.

2.2 Beantwortung durch den Regierungsrat

Der Regierungsrat verweist in seiner Beantwortung darauf, dass sich die Vergärung in der Region als Verwertungsverfahren für organische Abfälle gut etabliert hat. Auf dem Kantonsgebiet gibt es bereits zwei Grossanlagen, eine dritte wird hinzu kommen und die betroffenen Stellen arbeiten kontinuierlich auf eine Optimierung des Systems hin. Eine umgehende Anpassung des Umweltschutzgesetzes, wie im Postulat 2008/206 gefordert, wird daher nicht als nötig erachtet, eine Anpassung wird im Rahmen einer kommenden Revision des Gesetzes geprüft. Die Gemeinden werden zudem von den betroffenen Amtsstellen in direktem Kontakt unterstützt, eine Nachfrage nach einem schriftlichen Leitfaden sei nicht erkennbar, eine verbindliche Vorgabe zur Ausgestaltung der Erfassung und Verwertung organischer Abfälle würde gar abge-

lehnt.

2.3 Erwägungen der Kommission

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass die betroffenen Stellen des Kantons die Gemeinden bei vorhandenem Bedarf direkt unterstützen und ein Bedarf nach einem Leitfaden nicht bestehe und kann sich insofern mit der Abschreibung des Postulats 2007/252 einverstanden erklären. In der Beratung wurde aber kritisiert, dass der Kanton aktiver sein könnte und auch nicht davor zurückscheuen sollte, den Gemeinden Vorgaben im Bereich des Umweltschutzes bzw. der sinnvollen Abfallverwertung zu setzen.

Mit der Beantwortung des Postulats 2008/206 zeigte sich die Kommission grundsätzlich zufrieden, insbesondere, weil die gelebte Praxis im Kanton den neuen Möglichkeiten und Kenntnissen Rechnung zu tragen versucht. Handlungsbedarf zur Überarbeitung des Gesetzes wird aus Sicht der Kommission aber gesehen und daher soll das Postulat erst im Rahmen der auf s.8 der Vorlage angekündigten Revision abgeschrieben werden.

3. Antrag an den Landrat

://: Die Umweltschutz- und Energiekommission beantragt dem Landrat einstimmig, das Postulat [2007/252](#) abzuschreiben.

://: Die Umweltschutz- und Energiekommission beantragt dem Landrat mit 12:1 Stimmen, das Postulat [2008/206](#) bis zur Revision des Umweltschutzgesetzes stehen zu lassen.

Pratteln, 9. August 2010

Für die Umweltschutz- und Energiekommission

Der Präsident: Philipp Schoch